

Jannine Menger-Hamilton

Pressesprecherin

**DIE LINKE** Fraktion im Schleswig-Holsteinischen  
**Landtag**

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02

Telefax: 0431 / 9 88 16 18

Mobil: 0160 / 90 55 65 09

presse@linke.ltsh.de

www.linksfraktion-sh.de

## Presseinformation

227/10

Kiel, 3. August 2010

### **Ellen Streitböcher fordert Einberufung des Parlamentarischen Kontrollgremiums für den Verfassungsschutz: „Wir fordern Aufklärung.“**

Kiel. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert Aufklärung über die mögliche Verwicklung des Verfassungsschutzes in einen Kündigungsfall. Der Mann, dessen Arbeitgeber unter anderem Zulieferer für die Bundeswehr ist, hatte nach seiner Hochzeit mit einer chinesischen Staatsangehörigen die Kündigung erhalten. Nach Medienberichten liegen Informationen vor, die auf eine Intervention des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes hindeuten.

„Sollte der Verfassungsschutz eingegriffen oder die Kündigung sogar durch seine eigene Intervention eingeleitet haben, wäre das ein Skandal“, erklärte Ellen Streitböcher, Fraktionsvorsitzende der LINKEN Landtagsfraktion. „Der Vorwurf, der Verfassungsschutz habe durch Geheimdienstinformationen die Kündigung eines Mitarbeiters bewirkt, ist dermaßen schwerwiegend, dass er auf allen Ebenen lückenlos aufgeklärt werden muss. Ich werde daher schnellstmöglich die Einberufung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG) zur Kontrolle des Verfassungsschutzes beantragen. Es muss geklärt werden, ob und wie der Verfassungsschutz in die Kündigung verstrickt war und welche Konsequenzen eine mögliche Beteiligung nach sich ziehen müsste.“

Für DIE LINKE ist Ellen Streitböcher Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium.

#### *Zum Hintergrund:*

Nach § 26 des Landesverfassungsschutzgesetzes setzt sich das PKG aus Mitgliedern des Landtages zusammen und kontrolliert die Arbeit des Verfassungsschutzes. Die Beratungen des Parlamentarischen Kontrollgremiums sind geheim. Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung des Parlamentarischen Kontrollgremiums verlangen.